

Klima-Gefahrenabwehr

Effektiv handeln zum Klimaschutz. Jetzt!

Volker von Prittwitz (2019)

Summary

Since the early 1970s, many declarations, plans, and decisions to climate policy have been initiated, and splendid helper markets have come into existence under head-words such as *mitigation, adaptation, sustainability, decarbonisation, and transformation*. Indeed, practical policies to effective climate protection are still missing in many areas such as civil and military aviation, automobile traffic, tankers, or agriculture (particularly rice production), and coal and oil burning has even more risen in many regions. So, global greenhouse gas emissions are still increasing, together with rising atmospheric GHG concentrations and global average temperatures - an ongoing disaster with already existing grave damages and dynamic risk-building for humankind. Hence, the current global climate policy turns out to be ineffective and self-deceptive; a new approach of climate protection appears to be urgently needed: Climate security (*Klima-Gefahrenabwehr*).

Übersicht

1. Anforderungen effektiven Klimaschutzes
2. Ineffektive Klimapolitik
3. Wie konnte es zum Versagen internationaler Klimapolitik kommen?
 - 3.1 Klimapolitik im Zeichen diffuser *Nachhaltigkeit*
 - 3.2 Wenn Helferinteressen Macht erlangen...
 - 3.3 Zusammenfassende Erklärung
4. Alternative: Klima-Gefahrenabwehr
5. Forschungs- und öffentlichkeitsstrategische Überlegungen

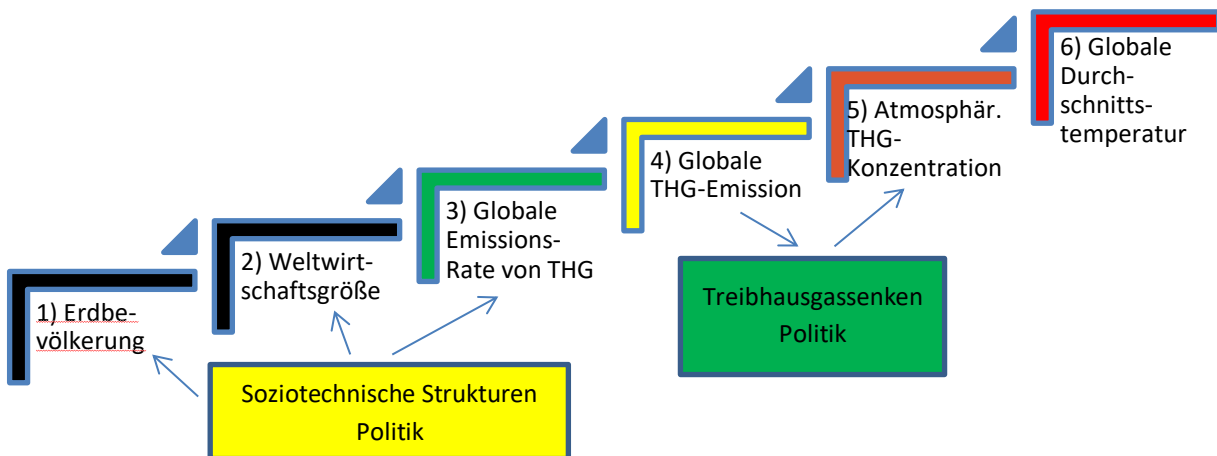
1. Anforderungen effektiven Klimaschutzes

Vier Anforderungen müssen im Sinne effektiven Klimaschutzes erfüllt werden: Ursachenbezug mit ausreichender Wirkungstiefe, ausreichende Steuerungsintensität, ausreichender Steuerungsumfang (Wirkungsbreite) und ausreichende Steuerungsgeschwindigkeit.

Ausreichende kausale Zielgenauigkeit/Wirkungstiefe

Die Entstehungsbedingungen des anthropogenen Klimawandels müssen zielgenau beeinflusst werden. Da die Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre durch THG-Emissionen steigen und sich durch THG-Senken verringern, liegt es nahe, hierfür ein Gleichgewichtsmodell zu verwenden. Allerdings stellt sich die Treibhausgas-Problematik ohne Emissionen überhaupt nicht, und Senken können ihrerseits durch Emissionen direkt oder indirekt geschwächt werden. Daher bietet sich das in Abbildung 1 dargestellte Modell einer lockeren kausalen Wirkungskette zur Modellierung der Entstehung des Klimawandels an.

Abbildung 1: *Das Wirkungstiefen-Modell effektiven Klimaschutzes*



Demnach kann der anthropogene Klimawandel durch Senkungen der globalen Treibhausgas-Rate (pro Wirtschaftseinheit), aber auch durch eine Wachstumsbegrenzung von Weltwirtschaft und Weltbevölkerung effektiv gesteuert werden. Die Option, Treibhausgas-Senken zu stärken und zu fördern und so bereits emittierte Treibhausgase zu binden, ergänzt diese Optionen lediglich.

Ausreichende Handlungsintensität (Wirkungsintensität)

Effektiver Klimaschutz verlangt, dass die (anthropogenen) Quellen des Klimawandels ausreichend intensiv vermindert werden. Hierzu bedarf es üblicherweise ausreichen-

der scharfer Intervention. Zum anderen sollten Wirkungsprozess möglichst stark gefördert werden.

Ausreichender Handlungsumfang (Wirkungsbreite)

Effektiver Klimaschutz operiert räumlich, zeitlich und sachlich ausreichend umfassend, das heißt global, zeitlich unbegrenzt (strukturell) und universell.

Ausreichende Handlungs-/Wirkungsgeschwindigkeit

Effektiver Klimaschutz wirkt ausreichend rasch. Hierzu bedarf es a) ausreichend raschen Steuerungshandelns, b) einer Wahl von Handlungsinstrumenten, die die Quellen des Klimawandels ausreichend rasch reduzieren.

Gesamtmodell

Zusammen ergibt sich damit ein Modell effektiven Klimaschutzes nach den Kriterien zielgenauen, dabei ausreichend wirkungstiefen Handelns, ausreichender Handlungsintensität, ausreichenden Handlungsumfangs (Wirkungsbreite) und ausreichender Handlungs-/Wirkungsgeschwindigkeit. Wird auch nur eines dieser Kriterien nicht voll erfüllt, so wird das Klima nicht effektiv vor anthropogenen Treibhausgasemissionen geschützt - so engagiert und geschickt unter einzelnen Gesichtspunkten auch vorgegangen werden mag. Daher stellen sich zwei Anforderungen:

- 1) Klimaschutz muss - über einzelne Handlungsbereiche hinaus - als Ganzes erfasst und verstanden werden.
- 2) Effektiver Klimaschutz verlangt - über einzelne Handlungsbereiche hinaus - ein übergreifend globales Management.

2. Ineffektive Klimapolitik

Wie hat sich die internationale Klimapolitik wirklich entwickelt? Inwieweit entsprach und entspricht sie den angeführten Effektivitätskriterien?

Die Geschichte aktiver internationaler Klimapolitik reicht ein halbes Jahrhundert zurück: Bereits 1969 wurde der Treibhauseffekt (im Rahmen der NATO) erstmals auf die internationale politische Agenda gebracht und 1972 (in der Stockholmer UN-Konferenz zur Umwelt des Menschen) erstmals Gegenstand internationaler Beschlüsse. Es folgte eine Serie internationaler Erklärungen, Handlungsprogramme und Beschlüsse zur Klimapolitik, und es entstanden zahlreiche klimapolitische Institutionen sowie ein florierender Forschungs- und Beratungs-Markt unter Leitbegriffen wie *Mitigation/Adaptation*, *Nachhaltigkeit* und *Klimaneutralität*. Dementsprechend herrscht bis heute unter den Aktivisten, in den entstandenen Nachhaltigkeits-Märkten, darun-

ter der Klimaforschung und professionellen Klimaorganisationen, sowie in der offiziellen Öffentlichkeit der Eindruck vor, die bisherige Klimapolitik sei im Wesentlichen sinnvoll und sie sei zumindest in Europa auch erfolgreich gewesen. Im Mittelpunkt steht dabei die Vorstellung, Klimaschutzhandeln würde sich und könne sich praktisch nur nach langfristigen Plänen beziehungsweise Klimazielen vollziehen.¹

Die effektiven Klimaschutz-Ergebnisse dieser Art der Klimapolitik allerdings sind ernüchternd, ja desaströs: Die globale Treibhausgasemission, die bereits seit den 1950er Jahren gestiegen war, wuchs auch seit den 1970er Jahren annähernd monoton, als ob es keine dämpfende Klimapolitik gegeben hätte; und für 2018 wurde noch einmal eine Zunahme der CO₂-Emissionen um weitere 2,7 % prognostiziert.² Dazu stellt das Global Carbon Project an der Jahreswende 2018/19 lapidar fest:

*Global fossil CO₂ emissions have risen steadily over the last decades.
The peak in global emissions is not yet in sight.*³

Im August 2018 veröffentlichte die Wetter- und Ozeanographie-Behörde der USA (NOAA) einen Bericht, wonach der Anteil an Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre im Jahr 2017 durchschnittlich 405 ppm betrug. So hoch sei die Konzentration das letzte Mal vor 800.000 Jahren gewesen. Vor der Industriellen Revolution lag der Wert bei rund 280 ppm. Damit sind mittlerweile etwa ein Drittel mehr CO₂-Moleküle in der Atmosphäre als noch in vorindustriellen Zeiten. Seither klettern die CO₂-Werte nach oben - und auch immer schneller: So abrupt wie in den vergangenen 70 Jahren sei die CO₂-Konzentration noch nie gestiegen, berichtete die WMO im November 2018. Am Ende der letzten Eiszeit habe sich ein ähnlicher Anstieg dagegen über 3.000 Jahre hin gestreckt.⁴

Bereits bis heute hat dieser Konzentrationsanstieg von Treibhausgasen zu schweren ökologischen und teilweise auch zivilisatorischen Folgen geführt - siehe insbesondere die angestiegene Häufigkeit von extremen Stürmen insbesondere im karibischen und mittelamerikanischen Raum, von Überflutungen und Dürren (beispielsweise in Kalifornien, Südspanien und Südafrika), aber auch strukturelle Schädigungsprozesse wie das Ausbleichen vieler Korallenriffe, die wachsende Instabilität von Bergregionen auf-

¹ So debattiert die aktuelle deutsche Bundesregierung im Februar 2019 kontrovers über ein neues Klimaschutzgesetz, das Klimaziele bis 2030 verbindlich festlegen soll. Die Festlegung von Klimaschutzziele für einen weit entfernten Zeitpunkt, indem völlig andere Regierungskonstellationen herrschen können, gilt dabei als das Äußerste, was politisch im Sinne von Klimaschutz machbar ist: <https://www.sueddeutsche.de/politik/klima-umwelt-co-1.4337412>, abgerufen am 19.02.2019.

² http://www.globalcarbonproject.org/carbonbudget/18/files/GCP_CarbonBudget_2018.pdf, abgerufen am 12.01.2019

³ Ebda, abgerufen am 12.01.2019

⁴ Zitat des Bayerischen Rundfunks (Online): <https://www.br.de/klimawandel/co2-emissionen-steigende-kohlendioxid-100.html>, abgerufen am 08.02.2019

grund verschwindender Gletscher und schließlich die fortlaufende Erhöhung des Meeresspiegels, die zivile Lebensräume beschränkt.⁵

Aufgrund der Kumulation von Treibhausgasen sind in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch weit schwerere Schäden zu erwarten. Vor allem aber wächst die Wahrscheinlichkeit weiter, dass sich neue Risikoausprägungen und Risikokombinationen, ja sogar völlig neue Risiken und damit neue Risikodynamiken (Emergenzen) bilden. So tauen Immer tiefere Permafrost-Schichten rascher als bisher prognostiziert auf und die Tiefsee beginnt sich zu erwärmen, womit zusätzliche Emissionsdynamiken, vor allem durch wachsende Methanemissionen (mit 25-facher Klimaschädlichkeit wie CO₂), entstehen. Damit befindet sich die Menschheit in einem Prozess dynamischer Risikoverstärkung mit unabsehbaren Folgen.

2. Wie konnte es zum Versagen der internationalen Klimapolitik kommen?

2.1 Internationale Klimapolitik im Zeichen diffuser *Nachhaltigkeit*

Die globale Klimapolitik war von Beginn an mit der konkurrierenden Leitvorstellung nachholender Entwicklung konfrontiert. Dabei setzten die Entwicklungs- und Schwellenländer, voran China und Indien, ihre Auffassung als herrschend durch, nicht durch Klimaschutzverpflichtungen in ihrer industriellen Entwicklung behindert werden zu dürfen. Aber auch in den als hochentwickelt geltenden Industrieländern galt Klimaschutz nie als dominante und schon gar nicht als kurzfristig zwingende Verhaltenserforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Vielmehr erschien und erscheint Klimapolitik bis heute als Herausforderung eines langfristigen Strukturwandels mit Vorsorgecharakter. Dabei galten und gelten alle Wirtschaftsakteure einschließlich der Träger von Verursacherinteressen, die klimabelastende Tätigkeiten aufrechterhalten, pflegen oder sogar ausbauen wollten, als legitime Interessenvertreter. Ein wichtiges Legitimationselement dieser bis heute herrschenden Grundauffassung von Umwelt- und Klimapolitik war die Definition des Begriffs *Nachhaltige Entwicklung*, den die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (Brundtland-Kommission) 1987 unter dem Titel *Our Common Future* veröffentlichte. Diese lautet:

*Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.*⁶

⁵ So nahm die Zahl der Tide-Hochwasser in Annapolis/USA von ungefähr vier Ereignissen pro Jahr in den 1960er Jahren auf 63 im Jahr 2017 zu (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-hochwasser-in-annapolis-die-flut-vor-der-haustuer-a-1253317.html>, abgerufen am 16.02.2019).

Legitimiert, ja propagiert wird damit ein sehr prinzipiell und vage formuliertes Risikomanagement auf lange Sicht ohne jede effektive Beschränkung aktueller Bedürfnisse. Praktisch bedeutete dies den Übergang von effektivem umweltpolitischem Handeln, das immer auch mit Kosten verbunden ist, zur opportunen Deklamation von Win-Win-Formeln.⁷ Damit wurden neue, vor allem längerfristige Perspektiven von Klimaschutz eröffnet oder gestärkt; andererseits erschienen und erscheinen auch extrem klimazerstörerische Aktivitäten und Strukturen als legitim - womit sich klimabelastende wie klimaentlastende Ökonomien frei entfalten konnten. Es begann eine Zeit florierender Umweltschutzökonomie zu Lasten offener umweltpolitischer Kommunikation.⁸

Der Brundlandt-Bericht wurde in viele Sprachen übersetzt. Er ist eines der am häufigsten zitierten Werke der Umwelt- und Entwicklungsliteratur. Auf seine Veröffentlichung folgte 1989 die Einberufung der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (als Rio-Konferenz oder Erdgipfel bekannt), die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro stattfand. Im Rahmen dieser Konferenz wurde die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen unterzeichnet (UNFCCC), die lediglich eine allgemeine Verständigung über die Zielsetzung des Klimaschutzes festschreibt, darunter das Kernziel,

„... die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann.“

(Klimarahmenkonvention, Artikel 2)

⁶ Brundtland-Bericht, S. 51; Absatz 49 und S. 54 Absatz 1.: https://en.wikisource.org/wiki/Brundtland_Report

⁷ Durch einen Zufall (Einladung zu einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Umwelt-Konferenz in Kolumbien) flog ich im September 1986 zusammen mit der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundlandt, dem früheren SPD-Minister Volker Hauff, der die deutsche Version des Brundlandt-Berichts später herausgeben sollte, sowie dem ökologischen Bestseller-Autor Fritz Vahrenholt (*Seveso ist überall...*) nach Kolumbien. Dabei stellte sich heraus, dass Brundlandt nicht an der Umweltkonferenz teilnahm, sondern Verhandlungen mit anderen Ölförderstaaten in Südamerika führte (Norwegen stieg gerade als europäischer Ölförderstaat auf). Bezieht man das immer noch sehr große internationale Renommee der sozialistischen Internationale ein und kombiniert dies mit dem in den 1980er Jahren enorm an Bedeutung gewinnenden Umweltthema sowie den stark steigenden Entwicklungsinteressen Norwegens an einer massiven Ölförderung und Ölvermarktung, so wird verständlich, wie prädestiniert Brundlandt für den Vorsitz der UN-Kommission zu nachhaltiger Entwicklung und das hier ausformulierte Konzept nachhaltiger Entwicklung war.

⁸ So wird beispielsweise der gegenwärtige, extrem klimaschädliche, Flugverkehr in zahlreichen Ländern steuerlich und durch öffentliche Infrastrukturleistungen massiv gefördert - mit der Folge, dass der Flugverkehr inzwischen für Konsumenten weit kostengünstiger als alle anderen Verkehrsformen ist und weit entfernte Gebiete durch Massentourismus mit seinerseits negativen Umwelt- und Wirtschaftsfolgen herrschend geworden ist.

Konkretere Regelinstrumente sollten nach und nach in weiteren Verhandlungen, vor allem im Umfeld von UN-Klimakonferenzen, erreicht werden.

Immerhin führt dieses Konzept zeitweise wirklich zu einem zusammenhängenden Maßnahmenkatalog, dem Kyoto-Protokoll, in dem auch spezifische Regelungen getroffen wurden, so die Einrichtung eines internationalen Emissionsrechtehandels. Und auch nach dem Auslaufen dieses Protokolls (aus dem einige Länder ausgetreten waren) gelang es unter größten Mühen, formelle Einigungen über weitläufige Ziele (2°/1,5°-Ziel in Paris 2015, gemeinsame Verfahrensabsichten in Katowice 2018) zustande zu bringen. Zwar spielten dabei Optionen ökologischer Modernisierung, durch die wirtschaftliche Entwicklungsziele und Umweltschutz-Anforderungen nachhaltig verbunden werden, eine wachsende Rolle; der grundsätzliche Zielkonflikt zwischen Klimaschutz-Anforderungen und wirtschaftlichen Entwicklungsinteressen behindert aber bis heute effektiven Klimaschutz massiv - was sich besonders an klassischen Entwicklungsländern wie Indien, andererseits an populistischen Wirtschaftskonzepten in einer Reihe von OECD-Ländern feststellen lässt.

So entwickelte sich China von einem armen Land mit verschwindend geringen Treibhausgasemissionen in den frühen 1970er Jahren zu einem technisch und ökonomisch hochentwickelten Industriestaat mit hohen Treibhausgasemissionen, heute bei ca. 1,4 Milliarden Menschen zum mit Abstand größten Treibhausgas-Emittenten der Erde. Indien nutzt nach wie vor größtenteils Kohle als Energieträger. Öl wird nach wie vor durch die Ölstaaten ohne jede Einschränkung vermarktet. Auch unter den OECD-Ländern kam es in der globalen Klimapolitik ab den 1990er Jahren zu großem Zaudern und Kooperationsverweigerung, so vor allem seitens der USA; aber auch Deutschland, das sich noch in den 1990er Jahren und in einigen weiteren politischen Gipfeln als Vorreiterland des Klimaschutzes gerierte, verfolgt unter der *Klimakanzlerin* Merkel bis heute überwiegend eine kurzfristig interessenbornierte Politik, so eine ausgeprägte Politik im Sinne des KFZ-Verbrennungsmotors und der Braunkohle.

2.2 Wenn Helferinteressen Macht erlangen...

Im jahrzehntelangen klimapolitischen Patt zwischen Verursacher- und Betroffenen-Interessen vollzog sich zudem, was bereits modellanalytisch vorgezeichnet worden war, der unaufhaltsame Aufstieg von Helferinteressen zur statischen Macht.⁹ Angesichts dessen, dass die Klimaproblematik, anders als frühere Herausforderungen der Luftreinhaltepolitik, so Smogprobleme in Ballungsräumen, die Umweltversäuerung durch schwefelhaltige Stoffe (*Acid Rain*) oder die Schädigung der stratosphärischen

⁹ Zum Modell der Interessensspirale siehe: Prittwitz, Volker von 1990: Das Katastrophenparadox, Opladen (Leske + Budrich), S. 202-208, insbesondere S. 203

Ozonschicht durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (*Ozonloch*), nicht bewältigt werden konnte, entstanden dauerhafte Helfermärkte bestmöglicher Anpassung und individueller Nutzung dieses Zustands - siehe insbesondere Formen ökonomisch-technischen Klimaschutzes, beispielsweise zur Wärmedämmung, verkaufsfähige Systeme psychischer Entlastung entsprechend dem aus dem 16. Jahrhundert bekannten Muster des Ablasshandels (Verrechnung eigener Flugkilometer mit Umweltguttaten in anderen Regionen der Erde) und vor allem diverse Forschungs- und Beratungs-Märkte.

In dem Maße, in dem sich diese Helfermärkte etablierten, bildeten sie eigenständige Helferinteressen mit erheblicher Auswirkung auf den klimapolitischen Prozess: Damit geht es nicht mehr primär darum, die Ursachen des anthropogenen Klimawandels zu beseitigen, sondern, den jeweils eigenen klimapolitischen Helfermarkt bestmöglich zu sichern und auszubauen. In Verbindung damit dürfen auch mächtige Verursacher der Klimaproblematik nicht vergrault werden, die ja klimapolitische Regelungen und Programme mittragen und mitfinanzieren sollen. Dementsprechend erscheinen nur *Win-Win*-Lösungen, die keiner Interessengruppe wehtun, attraktiv: Weit attraktiver als effektiver Klimaschutz erscheint nun die Aussicht auf eine unendliche Kette klimapolitischer Anstrengungen, Forschungs- und Beratungsprogramme, die ja immer wieder neue Aufträge bringen und Helfer-Karrieren ermöglichen beziehungsweise sichern.

Die Logik der Klimapolitik geht im Zeichen von *Nachhaltigkeitsprogrammen* zunehmend in die Logik der Betriebswirtschaft über. Dabei spielen politische Bewegungen bestenfalls noch als förderndes Auftragsmoment eine Rolle. Was dominiert, sind professionelle Helfer- und Vermarktungsorganisationen, die, wie Greenpeace, einmal als aktiver Kern einer soziopolitischen Bewegung angefangen haben mögen, aber inzwischen etablierter Teil des herrschenden Nachhaltigkeits-Konsenses sind und inzwischen überwiegend bürokratisch operieren - Versuchen Sie mal, Greenpeace Deutschland am Wochenende ans Telefon zu bekommen.... Entsprechend hat sich auch die Umweltpolitik-Forschung zur eigeninteressierten Policyforschung ihres Anwendungsfeldes entwickelt, die politische Herrschaftsaspekte und grundsätzliche Legitimationsprobleme ihres Verhaltens nicht mehr reflektieren kann.

Moral gehört zwar grundsätzlich zu Klimapolitik- dies ist sinnvoll und notwendig. Da sich allem Anschein nach keine globalen Handlungsnormen und -regeln zu effektivem Klimaschutz durchsetzen ließen, muss nun aber jeder einzelne das Seine/Ihre für den Klimaschutz anstelle von Politik tun: Klimapolitik wird durch individuelle Moral-Mechanismen ersetzt, Weltrettung zum - gut vermarktungsfähigen - individuell psychischen Programm bei klimapolitischem Versagen.

2.3 Zusammenfassende Erklärung

Effektiver Klimaschutz scheiterte bisher an der vorherrschenden *Sowohl als auch-Haltung*, die sowohl Klimaschutz-Aktivitäten als auch gegenläufiges Handeln legitimiert zuließ: Obwohl die Bedrohlichkeit des Klimawandels zunehmend wahrgenommen wird, bleiben Verursacherinteressen (zum Beispiel für Kohleverbrennung, Kraftfahrzeuge und Massenflugverkehr mit Verbrennungsmotoren) anhaltend einflussreich. Dazu kommen starke Helferinteressen, die sich in den Jahrzehnten unentschiedener Klimapolitik entwickelt haben und nun jede Neuorientierung blockieren. Dies alles wird in einem diffusen Begriffsgemisch von Nachhaltigkeit und Klimaneutralität, gestützt auf die Vorstellung langfristiger Planungen und technologischer Allmacht, bis heute gerechtfertigt.

Dementsprechend existiert nach wie vor kein etabliertes Alternativkonzept zu dem herrschenden Modell nachholender Industrieentwicklung. Und die für die Menschheit fundamentalen Variablen der Weltbevölkerungsgröße und der Weltwirtschaftsgröße werden aus der aktuellen Klimadiskussion zugunsten einer ausschließlich technologischen und individual-psychologischen Perspektive herausgehalten.

3. Klima-Gefahrenabwehr. Effektives Klimaschutzhandeln jetzt

Wie könnte es zu effektivem Klimaschutz kommen? Durch punktuelle Reformen der bisherigen Klimapolitik, etwa durch etwas rascheres und umfassendes klimapolitisches Handeln? Ich bin skeptisch gegenüber einem solchen Ansatz; denn die bisherige Klimapolitik hat sich folgerichtig nach den leitenden Ideen der Nachhaltigkeit und langfristigen Planbarkeit sowie im Zeichen statischer klimapolitischer Helferinteressen entwickelt. Punktuelle Reformvorschläge würden daran kaum etwas ändern. Daher komme ich zu einem fundamentalen Alternativkonzept, der Klima-Gefahrenabwehr.

Das Konzept Gefahrenabwehr

Nach dem Konzept der Gefahrenabwehr geht es bei dem anthropogenen Klimawandel nicht um ein mögliches zukünftiges Problem, das sich etwa erst 2030, 2050 oder am Ende des Jahrhunderts stellen wird. Vielmehr stecken wir heute mitten in einer vor sich gehenden ökologischen Katastrophe, die die menschliche Zivilisation bedroht. Es geht also nicht um langfristige Planung oder Vorsorge, sondern um die akute Abwehr einer existentiellen Gefahr.

Was diese Einsicht bedeuten kann, ahnt, wer die rechtliche Normierung von Gefahrenabwehr, etwa in Mitteleuropa oder anderen Regionen, kennt: Gefahrenabwehr ist ein polizeirechtliches Konzept. Demnach ist die legitimierte Exekutive, insbesondere die Polizei, bei gegebener oder unmittelbar drohender Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung dazu legitimiert, ja sogar gefordert, die Realisierung der jeweiligen Gefahr, sprich Schäden für die Allgemeinheit, möglichst gering zu halten, besser noch zu verhindern. Hierzu kann sie bei Gefahr im Verzuge durchgreifend autoritativ agieren, zum Beispiel allgemeine individuelle Rechte zeitweise aufheben, also etwa Bürger*innen in Haft nehmen.¹⁰ In Situationen der Gefahrenabwehr wird die staatliche Exekutive also massiv gestärkt und die allgemeinen Bürgerrechte werden geschwächt - eine Konstellation, die vitaler Demokratie schnell gefährlich werden kann, wenn Mitglieder der staatlichen Exekutive dauerhaft nach Macht streben. Daher ist die Gefahrenabwehr in einer intakten Demokratie, allgemein in der zivilen Moderne, situativ klar begrenzt - auf Ausnahmesituationen, in denen der Schutz der Allgemeinheit vor einer Gefahr schwerer wiegt als der Schutz allgemeiner Bürgerrechte.

Dieser situative Handlungstypus *Gefahrenabwehr* unterscheidet sich konzeptuell insofern grundsätzlich von dem Handlungstypus der Vorsorge, als letztere nur eine mögliche Gefahr in der Zukunft, also ein Risiko betrifft. Während Vorsorge also Risikomanagement ist und damit prinzipiell weniger Durchgriffsmacht für sich beanspruchen kann, bezieht sich Gefahrenabwehr auf akute Gefahren- beziehungsweise Katastrophensituationen und ist damit in der Lage, annähernd unbegrenzte Durchgriffsmacht für sich zu aktivieren.¹¹

Gefahrenabwehr zum Klimaschutz?

Wie sieht die Sache nun in Bezug auf den vor sich gehenden Klimawandel aus? Die übliche Bezeichnung *Klimawandel* spricht nicht dafür, dass es hierbei um eine akute Gefahr oder Katastrophe geht; denn Wandel vollzieht sich nach und nach, quasi sanft und über längere Zeit hinweg. Am deutlichsten wird diese Assoziation im Wort *Strukturwandel*, in dem die eigenständige Bedeutung gegebener Strukturen unabhängig von akutem Handeln und die Langfristigkeit solchen Wandels besonders hervortre-

¹⁰ Zum Konzept der Gefahrenabwehr siehe u.a.: Darnstädt, T. (1983): Gefahrenabwehr und Gefahrenvorsorge. Eine Untersuchung über Struktur und Bedeutung der Prognosebestände im Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Wien: Westdeutscher Verlag 1983; Prittwitz, Volker 1988: Gefahrenabwehr - Vorsorge - Ökologisierung. Drei Typen der Umweltpolitik, in: Udo Ernst Simonis (1988): Präventive Umweltpolitik, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 49-64; Einige aktuelle Hinweise im Überblick enthält in:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gefahrenabwehr>

¹¹ Dass auch Vorsorge beziehungsweise Prävention von der jeweiligen Exekutive nicht selten im Sinne erweiterter Gefahrenabwehr (über)interpretiert und missbraucht wird, gehört zu den politikanalytischen Einsichten in aktuelle und historische Prozesse. Hierbei stellt sich allerdings immer die Frage nach den jeweiligen situativen Bedingungen, etwa der Stärke oder Schwäche von Demokratie.

ten. Der menschlichen Wahrnehmung ist die mögliche Dramatik solcher längerfristiger Prozesse vor allem emotional schwer zugänglich: Was soll denn schon Dramatisches daran sein, wenn sich eine Durchschnittstemperatur in hundert Jahren um ein Grad Celsius erhöht? Und wenn schon, irgendwie werden wir uns schon anpassen können...

Dazu kommt die eigenartige kausale Versetztheit des Klimawandels: Ob und wie stark die globalen Temperaturen steigen, entscheidet sich über zunehmende atmosphärische Treibhausgaskonzentrationen, die ihrerseits wieder aus der Kumulation von Treibhausgas-Emissionen resultieren: Die Treibhausgasemissionen von gestern und heute kumulieren sich und bewirken morgen und übermorgen unaufhaltsame Temperaturanstiege. Dabei wiederum können unabsehbare emergente Wirkungszusammenhänge und Schadformen entstehen. Alle diese komplexen Zusammenhänge und Prozesse aber erschließen sich der herkömmlichen menschlichen Wahrnehmung nicht. Daher entsteht auch keine herrschende Gefahrenwahrnehmung - und das Denk- und Handlungsmuster der Gefahrenabwehr wird nicht aktiviert.

Eine Reihe menschlicher Zivilisationen, darunter die Hochkultur der Maya, ging aus ökologischen Gründen unter, obwohl versucht wurde, den Niedergang zu bekämpfen. Sich exponentiell verstärkende Risiken und Gefahren für die Allgemeinheit konnten nicht rasch, kausal tief, intensiv und umfassend als Handlungsimpuls wahrgenommen werden; das Gegenhandeln blieb, dem jeweiligen Kulturstand entsprechend, zu symptomnah oder gar lediglich symbolisch, zu wenig intensiv, umfassend und rasch, um das Problem hätte bewältigen können (Maya-Syndrom).

Genau diese Herausforderungen stellen sich nun mit der Klimaproblematik dringlich weltweit: Die zivile Moderne produziert immer mehr technisch-ökonomische Kapazitäten und Prozesse, die die herkömmliche Problemwahrnehmung des Menschen übersteigen. Dies gilt beispielsweise für exponentielle Entwicklungsprozesse künstlicher Intelligenz, eben aber auch für die kausal versetzte tiefgehende Klimaveränderung. Daher geht es in der Klimapolitik in politikanalytisch reflektierter Sicht nicht lediglich um langfristige Vorsorge oder gar einfachen technischen Strukturwandel, sondern um akute Gefahrenabwehr. Diese Gefahrenabwehr allerdings hat einen speziellen Gegenstand, die anthropogene Steigerung atmosphärischer Treibhausgase und stellt ganz besondere Anforderungen. Und sie stellt sich in einer prekären Übergangssituation soziopolitischen Lernens mit besonderen Anforderungen.

Besondere Anforderungen der Klima-Gefahrenabwehr

Effektiver Klimaschutz jetzt: Zwar braucht jeder Übergang eine gewisse Zeit, zum Beispiel Bau- und Organisationszeit. Alles, was technisch und organisatorisch im Sinne effektiven Klimaschutzes möglich ist, sollte aber ab sofort verwirklicht werden. Jede Problemverschiebung ist unverantwortlich.

Klimaschutz übergeordnet: Zwar gibt es unterschiedliche existentielle, insofern in jedem Fall legitime Ziele für Menschen. So brauchen Menschen in jedem Fall ausreichend zu trinken, zu essen, zu wohnen; alle Menschen sind als solche in ihrer Würde und Freiheit zu respektieren. Klimaschutzziele sind aber als zivilisatorisch existentielle Ziele von übergeordneter Bedeutung gegenüber anderen soziopolitischen Zielen, insbesondere gegenüber unilateralen Interessen und Machtansprüchen. Dementsprechend sollte Klimaschutz sowohl innerhalb der Nationalstaaten als in globalem Rahmen in übergeordneten Formen institutionalisiert werden. Es wird also höchste Zeit, einen **globalen Klima-Rat** zu bilden, in dem die politischen Exekutivspitzen aller großer Länder und repräsentativer kleiner Länder sitzen.

Lernen: Lernt die Menschheit nicht rasch und umfassend genug, sich soziotechnisch, ökonomisch und politisch im Sinne effektiven Klimaschutzes zu organisieren, wird sie untergehen. Daher bedeutet Klima-Gefahrenabwehr vor allem, entsprechende Lernprozesse der Gesellschaft im Ganzen, einzelner Subsysteme, beispielsweise der Umwelt- und Klimaforschung, sowie der einzelnen Beteiligten mit allen verfügbaren Kapazitäten zu fördern. Grundlegend für solche Lernprozesse sind der gemeinsame Willen, die Herausforderung anzunehmen, gegenseitiger Respekt der Beteiligten und offene, konstruktive Kommunikation.

Umsichtige **Sach-Analyse:** Klima-Gefahrenabwehr gründet sich auf die sachkompetente Analyse der anthropogenen Treibhausgas-Problematik. Im Unterschied zu magischem Denken, zu *Feel Good Policies*, die die Beteiligten ruhig stellen, aber klimaschädliches Verhalten noch verstärken (wie Kompensations-Systemen von *Klimasünden*), zu Vermachtung und unilateraler Interessenborniertheit helfen logisch überprüfbare und empirisch einsetzbare Modelle effektiven Klimaschutzes. Hierzu gehören die Modellkriterien klimapolitischer Handlungstiefe, des räumlichen, zeitlichen und sachlichen Umfangs klimapolitischen Handelns, der Intensität und der Geschwindigkeit von Klimapolitik. Die entsprechenden Definitionen und Operationalisierungen sollten breit diskutiert und möglichst rasch weiterentwickelt werden, darauf gestützte oder weiterentwickelte empirische Analysen durchgeführt und ausgewertet werden.

Handeln im räumlichen **Mehrebenen-System**: Effektiver Klimaschutz verlangt entschlossenes Handeln im globalen Mehrebenen-System von der globalen, supra- und internationalen Ebene über Ebene einzelner Nationalstaaten bis zur subnational-regionalen, kommunalen und privaten Ebene. Dabei sollten die jeweils besonderen Handlungskapazitäten jeder Ebene umsichtig und entschlossen genutzt und notwendige Abstimmungsprozesse mit anderen Ebenen optimiert werden.

Unverzichtbare Klimaschutz**politik**: Individuelles klimagerechtes Handeln und ökologische Wirtschaftsformen bilden wichtige Elemente der Klima-Gefahrenabwehr. Sie können Klimaschutzpolitik aber nicht ersetzen. So liegt es beispielsweise bei staatlich-politischen Institutionen, bestimmte treibhausgasemittierende Prozesse steuerlich zu belasten oder zu verbieten und klimaförderliches Handeln steuerlich zu entlasten oder anderweitig zu fördern. Kommunen haben alles ihnen Mögliche im Sinne klimagerechten Handelns zu leisten, aber auch die globale Menschheits-Gemeinschaft. Hierzu gehören schließlich auch Formen ziviler Außenpolitik, in der Ziele effektiven Klimaschutzes hochrangig (als Teil von *high politics*) verortet sind.

Handlungsgegenstand **Flugverkehr**: Ein besonders dringlicher und vorrangiger Handlungsgegenstand der Klima-Gefahrenabwehr sind alle Formen des Flugverkehrs einschließlich ziviler und militärischer Flugzeuge und Fluganlagen: Soweit Flugzeuge Treibhausgase produzieren und durch ihre Verortung in der Atmosphäre besonders klimaschädlich wirken, sind sie strikt und ab sofort zu deprivilegieren. Entsprechend sind der Betrieb und die Weiterentwicklung von Solarflugzeugen massiv zu fördern, vor allem aber sinnvoll verdichtete Zivilisationsformen, die das Fliegen weniger wichtig werden lassen.

Rascher vollständiger Übergang zu **regenerativer Energie**: Jedes Verbrennen von Kohle oder Öl, dabei der Einsatz von Verbrennungsmotoren, läuft effektivem Klimaschutz zuwider. Fossile Brennstoffe sollten daher ab sofort durch regenerative Brennstoffe soweit irgend möglich ersetzt und die allgemeine Energieeffizienz soweit irgend möglich erhöht werden. Hierzu bietet es sich an, den Einsatz fossiler Brennstoffe ab sofort zu besteuern und den Einsatz regenerativer Energieträger steuerlich freizustellen.

Ende von Ausgleichsmodellen: Interräumliche oder interzeitliche Ausgleichs- oder Verschiebungsmodelle wie der klimabezogene Zertifikate-Handel oder klimabezogene Ablass-Systeme erhöhen in ihrer Gesamtwirkung die Emission von Treibhausgasen. Sie spielen daher in der Klima-Gefahrenabwehr keine Rolle, ja sie sind, soweit bestehend, aufzulösen.

Klimaschutz vor Anpassung: Die Menschheit muss sich wohl oder übel bestmöglich an die bereits eingetretenen und weiter wachsenden Folgen des anthropogenen Klimawandels anzupassen suchen. Entsprechend dem Wirkungstiefen-Modell verspricht

dies per se aber keinen effektiven Schutz gegen dynamisches Risikowachstum weiterer Klimaveränderungen. Klimaschutz ist also die entscheidende Aufgabe der Klimagefahrenabwehr.

Würdigung der Opfer: Alle Opfer des vor sich gehenden Klimawandels und der jahrzehntelangen verfehlten Klimapolitik, beispielsweise Inselbewohner, die ihre Lebenswelt verlieren, und Menschen, die in Dürreregionen, Sturmregionen oder häufig überschwemmten Landstrichen leben müssen oder zu Tode kommen, sind als solche zur Kenntnis zu nehmen und zu würdigen. Dies schließt entsprechende Opferzahlungen, Rentenregelungen etc. ein.

Ende von Privilegien: Die Träger besonderer Verursacherinteressen der Klimaschädigung, so der Kohle- und Brennstoffindustrie, des Flug- und Automobilverkehrs, sollten fair behandelt werden. Privilegiert werden sollten sie aber nicht mehr - auch in den notwendigen Transformationsprozessen zu anderen Energieträgern nicht.

Zivilität: Nach den Lehren der vergangenen Jahrhunderte sollte die Menschheit selbst in einer existenziellen Krise wie der gegenwärtig vor sich gehenden Klimakatastrophe ihren zivilen Charakter nicht verlieren. Klima-Gefahrenabwehr soll energisch und effektiv wirken, dabei aber nicht gewalttätig und totalitär gehandhabt werden. Vielmehr sollten alle Beteiligten als gleich und frei nach gemeinsam anerkannten Regeln respektiert und in ihrem Bemühen gewürdigt werden.

Forschungs- und öffentlichsstrategische Überlegungen

Legitimationsprobleme bornierter Policy-Forschung: Die sozialwissenschaftliche und die interdisziplinäre Umwelt- und Klimaforschung sollte aus dem Scheitern der jahrzehntelangen Klimapolitikberatung und -forschung lernen: Politikfeldbornierte Fragestellungen und Denkansätze sowie sogenannte Policy-Netzwerke (einzelner Politikfelder) tendieren dazu, sich von gesamtgesellschaftlichen Anforderungen zu lösen bis hin zu Formen struktureller Korruption und Vermachtung. Wer seine Einnahmen und/oder seine wissenschaftliche Karriere hierauf baut, muss damit rechnen, hinsichtlich seiner Forschungs- und Beratungs-Legitimation früher oder später grundsätzlich in Frage gestellt zu werden.

Whistleblower: Akteure, die herrschende Formen von Korruption und Vermachtung aufdecken, Whistleblower, haben auch im Bereich der Umwelt- und Klimaforschung allen Respekt und öffentliche Unterstützung verdient. Dass auch wissenschaftliche Angestellte und frei schaffende Wissenschaftler*innen zu regelmäßigem Einkommen und (kleinen) Machtpositionen streben, halte ich allerdings für nachvollziehbar. Eine neue Klimapolitikforschung und -beratung nach Kriterien effektiver Klimapolitik

braucht breite Unterstützung und Mitarbeit, dabei auch die Unterstützung derjenigen, die bisher Forschung und Beratung zu der bisher herrschenden diffusen Nachhaltigkeits- und Klimapolitik geleistet haben.

Konstruktive Kommunikation: Wer grundlegende Kritik an der bisher praktizierten Klimapolitik ausschließt oder sich der Problemdiskussion, etwa durch Kommunikationsabbruch, nicht stellt, setzt sich dem Vorwurf aus, der Arroganz der Macht zu erliegen; er/sie behindert den klimapolitischen Diskurs. Wir brauchen aber dringend den offenen, konstruktiven Diskurs über Klimapolitikstrategien, so über das Konzept und Strategien der Klima-Gefahrenabwehr.

Klimaschutzbewegung: In Hans Christian Andersens Märchen *Des Kaisers neue Kleider* (1837) spricht ein naives Kind eine offensichtliche Wahrheit aus, die von keinem Hofschranzen zugegeben wird.¹² In der jahrzehntelang effektiv erfolglosen Klimapolitik hat es zwar schon früher Appelle zu einem notwendigen klimapolitischen Mentalitätswandel gegeben.¹³ Aber erst das notorisch abweichende Handeln einer fünfzehn/jetzt sechzehn Jahre alten Jugendlichen und die dadurch inspirierte Klimaschutzbewegung Jugendlicher in Schweden, Deutschland und anderen Ländern haben öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. Auch wenn diese Bewegung durch das bisher herrschende Kartell von Klimapolitik, Klimaökonomie und darauf fixierten Medien bereits wieder kleingeschrieben und kleingeschwiegen wird, bleibt das naive Kind, das sagt, was ist: *Der Kaiser hat ja gar nichts an.*



Autor: Prof. Dr. Volker von Prittwitz

Freie Universität Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Ihnestr. 22, 14197 Berlin

Homepage: <https://userpage.fu-berlin.de/vvp/> E-Mail: vvp@zedat.fu-berlin.de

Langjähriger Sprecher des Arbeitskreises Umweltpolitik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW); E-Book (Hrsg. Dezember 2018): *Gleich und frei nach gemeinsam anerkannten Regeln. Bound Governance - Theorie der zivilen Moderne*, Berlin (Freie Universität Berlin, Universitätsbibliothek; darin: *Effektiver Klimaschutz. Lässt sich das Maya-Syndrom überwinden?* (S. 104-119), erreichbar über: <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/23258.2>

¹² Notizen Andersens in seinem Tagebuch verweisen auf eine Inspiration aus der Novellensammlung von Karl Eduard von Bülow. Dieser hat bei diesem Märchen eine Geschichte („Siebente Geschichte: Was einem Könige mit drei Schälken begegnet“ der spanischen Sammlung von Don Juan Manuel übersetzt, die 1337 im Buch „El Conde Lucanor“ („Der Graf von Lucanor“ erschien (Quelle: Wikipedia: Des Kaisers neue Kleider, 13.02.2019)

¹³ Prittwitz, Volker von (18.03.2013) Neuer Realismus in der Klimapolitik? Vom 2°-Limit zum effektiven Klimaschutz - unter anderem mit Hinweisen auf Statements von Udo E. Simonis, Jochen Luhmann, Martin Unfried, Peter Henicke, Christian Hey und Sebastian Oberthür, PDF-Text:

http://www.volkervonprittwitz.de/effektiver_klimaschutz_180313.pdf